



## **Deutscher Handelskongress Handel & Politik im Dialog – Part 2**

Berlin, 19. November 2015

### **Rede von Josef Sanktjohanser, Präsident des Handelsverbandes Deutschland (HDE)**

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Bitte gestatten Sie mir zu Beginn eine sehr persönliche Anmerkung.

Wenn ich heute Morgen auf dieser Bühne stehe, dann fühlt sich das deutlich anders an, als in den Jahren zuvor. Die Terroranschläge in Paris erschüttern uns alle, alle freien Bürger dieser Welt.

Nach dem Verschwinden des Eisernen Vorhangs vor rund einem Vierteljahrhundert sind wir in einer neuen Weltunordnung angekommen.

Wir werden in einem Maße mit kriegerischen, terroristischen Ereignissen konfrontiert, in deren Folge Flucht und Vertreibung stehen, und die uns nicht - wie lange geglaubt – nur entfernt oder virtuell treffen.

Die Bevölkerung eines ganzen Landes hat sich nach Europa in Bewegung gesetzt auf der Suche nach einem besseren und sicheren Leben.

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, die durch Terror und Unrechtsregime geprägte Flüchtlingssituation ist das Thema Nr. 1 für Deutschland und Europa und auch für Sie persönlich.

Wir wissen es umso mehr zu schätzen, dass Sie sich die Zeit nehmen, heute bei uns zu sein.

Die Integration der vielen Asylsuchenden, wird innen- und außenpolitisch die größte Herausforderung der nächsten Jahre sein.

Wir erwarten dabei den Schulterschluss von Regierung und Opposition, ohne parteipolitische Profilierung.

Der Handel als drittgrößter Wirtschaftszweig wird die Integration der Flüchtlinge in Deutschland begleiten. Aktuell erklären sich viele Handelsunternehmen bereit, Praktikums-, Arbeits- und Ausbildungsplätze anzubieten.

Unsere Handelsorganisationen in den Ländern bereiten mit ihren Bildungseinrichtungen Betreuungsmaßnahmen und Sprachausbildung vor.

Voraussetzung für all das sind verlässliche Asylverfahren und ein Integrationskonzept, das ohne viel Bürokratie allen Beteiligten zu Rechtssicherheit und einem schnell wirksamen Beschäftigungseinstieg verhilft.

Die Welt rückt näher zusammen, meine Damen und Herren.

Das bedeutet auch, dass die Starken Verantwortung für die Schwachen übernehmen müssen und dass jeder das dazu beiträgt, was er am besten kann.

Der G7-Gipfel hat sich in diesem Jahr die verantwortliche Gestaltung globaler Handels- und Lieferketten auf seine Fahnen geschrieben.

Ein Thema, das derzeit die politische Agenda des Einzelhandels beherrscht.

Ereignisse wie die Unglücke in den Textilfabriken von Bangladesch haben uns vor Augen geführt, dass wir die Verantwortung für die sozialen und ökologischen Produktionsbedingungen in den Herstellerländern nicht abweisen können.

Namhafte Mitgliedsunternehmen des HDE haben Anfang des Jahres ein deutliches Signal gegeben, dass sie zu ihrer Verantwortung stehen,...

...indem sie den Rana Plaza Hilfsfond für die Opfer der Brandkatastrophe in Bangladesh für Deutschland aufgefüllt haben. Und dies, obwohl sie dorthin keine Textilaufträge gegeben hatten!

Dies war zugleich auch ein deutliches Zeichen unserer Unternehmen an die Teilnehmer der G7-Runde, die in diesem Jahr unter deutscher Schirmherrschaft steht.

Denn für die Verbesserung der Bedingungen in den Produktionsländern Asiens und Afrikas brauchen wir den Schulterschluss der Industrienationen und deren Regierungen.

Ein Land allein oder gar einzelne Unternehmen können nur wenig bewirken.

Aus dieser Überzeugung hat der HDE die Gründung des Textilbündnisses von Anfang an mit vorangetrieben, dem inzwischen 130 Vertreter der Wirtschaft beigetreten sind – Händler und Produzenten.

Bundesregierung, Zivilgesellschaft und Wirtschaft haben sich auf Ziele und auf einen Aktionsplan geeinigt, mit dem sie gemeinsam zur Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen in der globalen Textilwirtschaft beitragen wollen.

Gesetzliche Regelungen, die dem Handel die volle Haftung für die Lieferkette vom Baumwollfeld bis zum Kleiderbügel zuweisen, sind dagegen ein völlig untaugliches Instrument.

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, meine Damen und Herren,

Die deutsche Wirtschaft boomt, der Konsum auch, die Realeinkommen wachsen, die Inflation und die Arbeitslosigkeit sind niedrig wie nie zuvor.

Ohne spürbare politische Impulse läuft die Wirtschaft aus eigener Kraft.

Die Konsumstimmung ist entsprechend gut. Der HDE erwartet für den Einzelhandel in 2015 ein Rekordwachstum von 2,7 Prozent. – Das ist das stärkste Wachstum seit 20 Jahren.

60.000 neue, sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse sind entstanden.

Damit bleibt unsere Branche ein entscheidender Stabilitätsfaktor für die deutsche Konjunktur.

Es gilt die überlieferte Weisheit, das Dach zu decken, wenn die Sonne scheint.

Daher mahnen wir an, dass die Große Koalition nach ihrer ersten Halbzeit die Politik der Verteilung und Regulierung wieder deutlich mehr auf Wachstum und unternehmerische Freiheit setzt.

Die beschäftigungs-, sozial- und energiepolitischen Projekte der letzten beiden Jahre haben die Spielräume insbesondere mittelständisch geprägter Branchen wie dem Einzelhandel deutlich eingeschränkt und damit der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland geschadet.

Mit Sorge sehen wir, dass entgegen allen Beteuerungen zum Bürokratieabbau die Bundesregierung neue gesetzliche Vorschriften plant.

Es ist das Ensemble von Einzelvorschriften, das ein dichtes Regulierungsnetz über die Unternehmen legt und insbesondere Mittelständler massiv belastet. Beispielhaft stehen hier die ohnehin komplizierten Rückkehransprüche aus Eltern- und Pflegezeit und das Tarifautonomiestärkungsgesetz mit den umfangreichen Dokumentationspflichten zum Mindestlohn.

Nun drohen neue Regelungen in Bezug auf die vorgeschlagenen Vermutungsregelungen zum Vorliegen von Werkverträgen sowie das geplante Entgelttransparenzgesetz. Die angedachten Vorschriften zur Offenlegung von Gehältern sind völlig überflüssig, gefährlich und beschädigen die Zusammenarbeit zwischen den Tarifpartnern.

Ein weiteres Thema ist die Energiewende, die allein 2016 den Handel zusätzlich mit 277 Mio € belastet.

Der Handel, der sechs Prozent des Stroms verbraucht, trägt allein zehn Prozent der Förderkosten für regenerative Energien.

Digitalisierung ist mehr als E-Commerce. Die Innenstädte müssen digitalisiert werden. Und das geht nur mit der Abschaffung der W-Lan-Störerhaftung, allein um für mehr Wettbewerbsgleichheit zwischen dem stationären Handel den Internetanbietern wie Amazon und Co. zu sorgen.

Wir sind auch besorgt über die Verfassung der Europäischen Union, die keine gemeinsamen Antworten auf politische, humanitäre und wirtschaftliche Krisen findet.

Es ist paradox, dass die höchsten Ziele, die politische Einheit Europas, dicht gefolgt von der Schaffung des europäischen Binnenmarktes in immer weitere Ferne rücken. Stattdessen erleben die Bürger und Unternehmen stetigen quälenden Bürokratieaufbau und schmerzliche kleinteilige Einschränkungen nationaler Eigenheiten und lebensprägender Gewohnheiten.

Wir entfernen uns weiter von einem einheitlichen EU-Binnenmarkt. Staatliche Interventionen und Einschränkungen von Vertragsfreiheit nehmen zu, wie das jüngste Beispiel aus Polen zeigt: Die Nationalkonservativen planen eine Sondersteuer von zwei Prozent für große Supermärkte. Das sind vor allem ausländische Supermärkte.

Wir erleben derzeit nicht nur in Osteuropa Tendenzen zu einem Protektionismus, der nicht nur im Geist sondern real gegen europäisches Vertragsrecht verstößt, den freien Handel behindert und Investitionen unserer Unternehmen in diesen Ländern gefährdet.

Eine gemeinsame Sprache vermissen wir auch bei der Digitalisierung. Der immer härter werdende Wettbewerb zwischen lokalen, mittelständischen Unternehmen, globalen Mega-Playern und völlig neuen Mitspielern im Markt des Handels verlangt eine Harmonisierung des Datenschutzrechts im europäischen Binnenmarkt und weltweit.

Damit sind wir wieder beim Thema des diesjährigen Handelskongresses.

Eine renommierte Wirtschaftszeitung schrieb neulich: Die Zukunft rollt auf uns zu wie ein Lastwagen. Wir sollten uns der digitalen Entwicklung nicht in den Weg stellen, sondern ihre Vorteile nutzen. Und anlässlich der Preisverleihung des diesjährigen Wirtschaftsbuchpreises erklärte der prämierte Autor Andrew McAfee:

„Oft bremsen Politiker den Fortschritt. Mir gefällt Politik besser, die Zukunft vor der Vergangenheit schützt und nicht umgekehrt.“

Sie, sehr geehrte Frau Dr. Merkel, stehen nicht im Verdacht, Nischen der Vergangenheit zu besetzen.

Wir erleben nach der industriellen die digitale Revolution, die fundamental in alle Lebensbereiche eingreift.

Wir sind sehr gespannt zu hören, welche Antworten, welchen politischen Entwurf die Bundesregierung für diese epochale Herausforderung bereithält.

Frau Bundeskanzlerin, wir freuen uns auf Sie.